



Jochen Haußmann

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Parlamentarischer Geschäftsführer, stellv. Vorsitzender und
gesundheitspolitischer Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion

PRESSEMITTEILUNG

vom 22. November 2024

Enttäuschung über Antwort zum ärztlichen Bereitschaftsdienst im Rems-Murr-Kreis von Minister Lucha

Haußmann und Goll: Minister Lucha muss den ärztlichen Bereitschaftsdienst zur Chefsache machen

Vor vier Wochen hat FDP-MdL Jochen Haußmann aus Kernen von Gesundheitsminister Lucha einen Gesundheitsgipfel gefordert, damit die Pläne der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) zur Schließung von Notfallpraxen die Notfallversorgung nicht nur im Rems-Murr-Kreis auf den Prüfstand kommen: „Das Gesundheitsministerium hat es in dieser Zeit weder geschafft, örtliche Lösungen zu konzipieren, noch Gesprächstermine anzubieten“, kritisieren die beiden Landtagsabgeordneten Julia Goll und Jochen Haußmann, die parallel in einer Kleinen Anfrage die Schließung von 18 Notfallpraxen im Land inklusive Schorndorf und Backnang im Rems-Murr-Kreis thematisiert haben: „Immerhin wissen wir jetzt, dass rund 40.000 Patienten jährlich im Rems-Murr-Kreis eine funktionierende Notfallversorgung brauchen und die interdisziplinären Notaufnahmen der Rems-Murr-Kliniken in Winnenden und Schorndorf außerdem laut Hochrechnung der Rems-Murr-Kliniken in diesem Jahr rund 80.000 Patientinnen und Patienten versorgen werden“, sagt Jochen Haußmann, der gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion ist. Im Gegensatz zum Land wurde der Rems-Murr-Kreis bereits aktiv: „Hier wird an einem Konzept für die Einrichtung von Gesundheitspunkten gearbeitet. Das hat der Minister in der Zeitung gelesen. Ansonsten muss er passen: Es „liegen dem Ministerium keine näheren Informationen zu den Überlegungen des Rems-Murr-Kreises zu den Gesundheitspunkten oder zu deren zeitlicher Umsetzung vor.“ Jochen Haußmann: „Umso wichtiger ist deshalb der Gesundheitsgipfel, damit der Rems-Murr-Kreis dabei unterstützt wird. Dazu schlage ich vor, dass Lucha den Kreis als Modellprojekt einstuft und auch finanziell unterstützt.“

Der Teufel steckt für die beiden FDP-Landtagsabgeordneten und stellvertretenden Landtagsfraktionsvorsitzenden nach der Erfahrung der letzten vier Wochen im Detail und „genau da kommt der Gesundheitsminister ins Spiel. Anstatt die Pläne der KVBW zu hinterfragen, steht er bisher auf dem Standpunkt, nichts zu machen“, sagen Jochen Haußmann und Julia Goll. So stehe in der Antwort auf ihre Kleine Anfrage in Sachen Notfallpraxen zu lesen, die „... Befürchtungen, dass infolge von Standortschließungen die zentralen Notaufnahmen der Krankenhäuser überlastet werden könnten, nimmt das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration sehr ernst.“ „Aber von Maßnahmen, die er daraus ableitet, steht nichts zu lesen“, kritisiert Jochen Haußmann und schließt daraus, „dass er kein Konzept hat.“

1/3



Jochen Haußmann

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Parlamentarischer Geschäftsführer, stellv. Vorsitzender und
gesundheitspolitischer Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion

Immerhin gibt's jetzt eine Bestandsaufnahme, die als Lagebeschreibung dienen kann. Und „die ist ernst, wenn wir die Größenordnung des Problems nehmen“, sagt Julia Goll. Die Daten stammen dabei überwiegend von der Kassenärztlichen Vereinigung.

So liegen folgende abgerechnete Fallzahlen für die Notfallpraxen vor:

Schorndorf: 2022: 7.776 / 2023: 6.828 („Notbremse“ – geschlossen)

Winnenden: 2022: 16.446 / 2023: 17.092 / 2024: 7.505 (1. Halbjahr)

Backnang: 2022: 13.954 / 2023: 14.849 / 2024: 6.515 (1. Halbjahr).

Jochen Haußmann weiter über die Infos aus dem Ministerium: „In der interdisziplinären Notaufnahmen der Rems-Murr-Kliniken in Winnenden und Schorndorf werden bis Ende dieses Jahres laut Hochrechnung der Rems-Murr-Kliniken rund 80.000 Patientinnen und Patienten sein. Dort werden die Belastungen ganz sicher wachsen, wenn es kein stimmiges Konzept für die Patientenversorgung an Wochenenden gibt. Deswegen bleibt unsere Forderung an den Minister bestehen, dass er wie von uns gefordert, einen Notfallgipfel einberuft, der die Folgen dieser umfangreichen Reform in den Blick nimmt – auch für den Rems-Murr-Kreis. Denn die bisher geplante Reform hat bisher die Auswirkungen für den stationären Bereich nicht berücksichtigt.“ „Winnenden“, ergänzt Julia Goll, in deren Wahlkreis die dortige Rems-Murr Klinik liegt, „wird buchstäblich in Patienten untergehen, wenn keine passenden Strukturen geschaffen werden.“

Das gelte auch dann, wenn sich die KVBW darauf berufe, dass zur Versorgungsstruktur des ärztlichen Bereitschaftsdienstes auch der „... aufsuchende Fahrdienst“ gehöre, „die telemedizinische Ersteinschätzung (Rufnummer 116117) gewährleistet“ sei und die KVBW plane, „das telemedizinische Versorgungsangebot im Bereitschaftsdienst weiter auszubauen.“ Julia Goll: „Wir sollten da Wunsch und Wirklichkeit trennen. Den Fahrdienst gibt es jetzt schon, aber er hat nicht zu sinkenden Fallzahlen geführt. Und es gibt keine Informationen dazu, wie der Fahrdienst ausgebaut wird.“

Dass es steigende Fallzahlen erwartet, bestätigt auch das Ministerium auf der Basis der Informationen aus dem Rems-Murr-Kreis: „Nach Auskunft der Rems-Murr-Kliniken wird bereits aufgrund der Schließung der Bereitschaftspraxis in Schorndorf eine Mehrbelastung der Klinik-Notaufnahmen an beiden Standorten der Rems-Murr-Kliniken beobachtet. Die Kliniken würden davon ausgehen, dass die Mehrbelastung durch eine mögliche Schließung der KV-Notfallpraxis in Backnang weiter steigen wird“, heißt es in der Antwort auf die Kleine Anfrage und weiter „Die Befürchtungen, dass infolge von Standortschließungen die zentralen Notaufnahmen der Krankenhäuser überlastet werden könnten, nimmt das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration sehr ernst. ... Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration fordert daher die KVBW fortlaufend dazu auf, dass dort, wo ein Angebot wegfallen wird, gute Alternativen entstehen müssen. Entscheidend ist, dass die weiter bestehenden Bereitschaftspraxen, die telemedizinischen Versorgungsstrukturen und der aufsuchende Fahrdienst ausreichend Kapazitäten vorhalten, um auch die Patientinnen und Patienten mitversorgen zu können, die aufgrund der Schließung von Bereitschaftspraxen auf alternative Standorte ausweichen müssen.“ Womit sich die Katze in den Schwanz beißt“, sagt Jochen Haußmann: „Der Minister muss sagen, wo es lang geht.“



Jochen Haußmann

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Parlamentarischer Geschäftsführer, stellv. Vorsitzender und
gesundheitspolitischer Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion

Julia Goll und Jochen Haußmann begrüßen als Kreisräte, dass „der Landkreis mal wieder eine Vorreiterrolle einnimmt und eigene Überlegungen anstellt, wie die Nachfrage auf ein zufriedenstellendes Angebot treffen kann.“ In der Diskussion sind „Gesundheitspunkte“ als Teil der notfallmedizinischen Versorgung in den Randzeiten sowie an den Wochenenden und Feiertagen, wenn die Arztpraxen geschlossen sind. Die beiden Abgeordneten stört allerdings, „dass die Kosten für ein derartiges Angebot am Landkreis hängen bleiben.“ Wenn das Ministerium nicht dran arbeiten will, „dann soll es wenigstens eine Lösung vorlegen, wie es die Kosten für ein Konzept übernehmen, mit dem wir als Modelllandkreis zeigen können, wie Gesundheitsversorgung auf der lokalen Ebene richtig funktioniert.“